



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

4 a

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

11. Juli 1953

P/VIII/159

Hinweise
auf den Inhalt:

Nach dem Sturz Berijas
Freie Gewerkschaften und deutsche Einheit
Nochmals: Fall Achenbach

Gefährliche Spekulationen

(sp) Über der Aussenministerkonferenz, die am Freitag in Washington zusammentrat, wird bis zu ihrem Ende der Schatten des gestürzten sowjetischen Innenministers und Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Lawrentija Berija stehen. Die ersten Äusserungen aus dem Kreis der Aussenminister sind widerspruchsvoll, das erste Echo in der ganzen Welt geradezu verwirrend uneinheitlich. Was sich in der nächsten Zeit in Moskau ereignen wird, weiss niemand. Semjonows Rückkehr nach Berlin und die für Mittwoch eingetragene Minister-Tagung der sogenannten Regierung der Sowjetzone lassen vermuten, dass die Entscheidungen über die weitere Deutschlandpolitik vor Berijas Sturz gefallen sind. Wenn dieser politisch liquidiert wurde, dann geschah das offenbar in unmittelbarem Zusammenhang mit den Unruhen in der Sowjetzone und wohl auch in den Satellitenstaaten. Dagegen brauchen diese Massnahmen durchaus nicht die These zu widerlegen, dass der Krenl weiterhin entschlossen ist, seine Beziehungen zu den Westmächten auf eine neue Grundlage zu stellen.

Bei aller Zurückhaltung der Äusserungen zum Sturze Berijas klingt aber doch schon ziemlich häufig der Gedanke an, das Ereignis sei ein weithin sichtbares Schwächezeichen des ganzen sowjetischen Systems. Diese Deutung scheint voreilig und gefährlich, vor allem wegen der politischen Schlüsse, die man aus ihr ziehen könnte. Sie widerspricht auch allen Erfahrungen. Die grossen Säuberungsaktionen der dreissiger Jahre - man denke nur an die Enthauptung der Roten Armee - haben das Regime nur gestärkt, so abschreckend diese Methoden

auch in der ganzen übrigen Welt wirkten. Inzwischen aber hat die Sowjetunion durch den gewonnenen Krieg einen ungeheuren Machtzuwachs erfahren, ist sie zur zweitstärksten Industriemacht der Erde geworden, verfügt sie über die grösste Landmacht - und über eine stattliche Anzahl von Atombomben. Immer wieder sind Gerüchte aufgetaucht, die Sowjetunion werde an inneren Spannungen zerbrechen, immer wieder stellten sich solche Voraussagen als falsch heraus, oft führten sie, wie im Falle Hitler, zu folgenschweren Fehlentscheidungen.

Ähnliche Vorstellungen bestehen auch heute wieder. Es ist zu befürchten, dass sie in der politischen Praxis darauf hinauslaufen, die Bemühungen um einen Ausgleich mit der Sowjetunion zu vernachlässigen oder gar aufzugeben und "das Ende des Regimes" abzuwarten. Solche Überlegungen übersehen den Umstand, dass in der Sowjetunion in den 35 Jahren ihres Bestehens innerpolitische Machtverlagerungen von der einen Personengruppe auf die andere die Existenz dieses Reiches kaum an seiner Wurzel trafen und seinen Bestand nicht ernsthaft gefährdeten. Dazu würde es sehr viel tiefergreifender Ursachen und Umwälzungen bedürfen, als der Tatsache, dass, wie in diesem Falle, einer der mächtigsten Männer des Staatsapparates von seinen Kollegen brutal über Bord geworfen wurde. Man darf auch nicht vergessen, dass inzwischen eine neue Generation herangewachsen ist, erzogen und gedrillt im unbedingten Gehorsam zur Führung und zu einem grossen Teil erfüllt mit unerhörtem nationalen Machtbewusstsein.

Wenn schliesslich jetzt von gewisser Seite im Westen gesagt wird, angesichts der offenen Krise im sowjetischen Führungsgremium wisse man nicht, mit wem man überhaupt Verhandlungen aufnehmen könne - wenn man schon dazu bereit sein sollte - so sollte dieser Zweifel nicht die eigene Politik bestimmen. Wenn es der sowjetischen Führung, wie immer sie zusammengesetzt sein mag, um einen Ausgleich mit dem Westen wirklich ernst ist, dann wird sie auch den entsprechenden Weg zeigen. Töricht wäre es, der Sowjetunion durch eine Politik der Unzugänglichkeit und des starren Sichverweigerns diesen Weg zu versperren. Das Prinzip, nur auf der Grundlage der bedingungslosen Kapitulation mit dem Gegner zu verhandeln, hat sich schon im letzten Kriege gegenüber Hitler-Deutschland als verderblich erwiesen. Man sollte nicht versuchen, es auch im Hinblick auf die Sowjetunion anzuwenden.

11. Juli 1953

Weltparlament der Arbeit für deutsche Einheit
von Willi Brandt MdB

Eine Woche lang sind auf dem Stockholmer Kongress des internationalen Bundes freier Gewerkschaften zahlreiche und wichtige Probleme erörtert worden. Keine Frage hat jedoch die Delegierten der über fünfzig Millionen freier Gewerkschaften so sehr beschäftigt, wie die des Arbeiteraufstandes in der deutschen Sowjetzone. Die Deutsche Einheit rückte tatsächlich in den Mittelpunkt des Interesses. Diejenigen, die mit aller Energie um eine rasche Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Boden der Freiheit ringen, haben aus Stockholm wertvolle Unterstützung erhalten.

Die Berichterstattung über die Vorgänge in der Sowjetzone wurde allen anderen Punkten der Tagesordnung vorangestellt. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung brachte das Weltparlament der Arbeit seine Solidarität mit den mitteldutschen Arbeitern zum Ausdruck. Den Opfern des 17. Juli wurde brüderliche Hilfe zugesagt. Die Forderung nach gesamtdeutschen freien Wahlen ist von der internationalen Gewerkschaftsbewegung nachdrücklich unterstrichen worden.

Der britische Gewerkschaftsführer Sir Vincent Tewson hatte den Freiheitskampf in der Sowjetzone schon in seiner Eröffnungsrede eingehend gewürdigt. Er setzte sich auch besonders stark für Verhandlungen der beteiligten Mächte ein, die dazu dienen sollten, die internationale Lage zu entspannen. Die Forderung nach Verhandlungen ist, auf die deutsche Frage bezogen, auch von der amerikanischen Delegation aufgenommen worden. Sie hat gleich zu Beginn des Kongresses, nach der Annahme der Entschliessung zum 17. Juni, an Präsident Eisenhower appelliert und ihm nahegelegt, sich für unmittelbare Verhandlungen über freie Wahlen, für die sofortige Freilassung der Verhafteten und für einen Schritt bei den Vereinten Nationen zu verwenden.

Am zweiten Tag des Kongresses machte sich die Auffassung geltend, dass man noch konkreter zu den deutschen Fragen Stellung nehmen sollte. Walter Reuther von der amerikanischen CIO gab diesem Gefühl besonders eindrucksvoll Ausdruck, als er sagte, Resolutionen allein seien nicht genug. Seine Organisation und die American Federation of Labour verpflichteten sich, die Anfangsbeträge für einen internationalen Hilfsfond zu leisten, der den Opfern des Freiheitskampfes zugute kommen soll, an dessen Spitze sich die deutsche Arbeiterschaft gestellt hat.

In diesem Zusammenhang wurde auch der Vorschlag gemacht, die Lage in Ostberlin und in der Sowjetzone - möglichst an Ort und Stelle

- durch eine internationale Kommission der freien Gewerkschaften prüfen zu lassen. Diese Kommission wird sich nicht nur um das Schicksal der noch immer eingekerkerten Streikleiter zu kümmern, sie wird auch zu prüfen haben, wie es mit der kommunistischen Behauptung über die "faschistischen Agenten" bestellt ist. Die Frage der Lieferung von Lebensmitteln an die Bevölkerung der Sowjetzone ist ebenfalls aufgeworfen worden. Im Laufe der Woche sind diese Vorschläge im einzelnen geprüft und in die Form von Beschlussanträgen gebracht worden. Inzwischen wurde dann auch noch eine Dreierkommission kurzfristig nach Berlin entsandt, um den Vertretern der westlichen Besatzungsmächte die Wünsche und Forderungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu unterbreiten.

Für die deutsche Position ist es von wesentlicher Bedeutung, dass in Stockholm konkrete Massnahmen zugunsten der Sowjetzone erörtert und beschlossen worden sind. Daraus ergibt sich eine Förderung des zentralen Anliegens der deutschen Politik. In immer stärkerem Maße hat sich in der internationalen Arbeiterbewegung - und weit über ihre Reihen hinaus - die Auffassung durchgesetzt, dass von der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands der Weltfrieden abhängen kann und dass dieser Aufgabe darum mehr Kraft zugewendet werden muss als solchen Vorhaben, die von einer langandauernden Spaltung geradezu ausgehen.

+ + +

Nochmals Fall Achenbach

FDP-Kandidatur als Persilschein

(sp) Die Nominierung des Essener Rechtsanwaltes Dr. Ernst Achenbach zum Bundestagskandidaten der FDP in Essen wurde von Achenbach selbst der Presse mitgeteilt, ohne dass diese von dem Kreisverband vorgenommene Wahl Gültigkeit hatte, da, wie der Bundesvorstand der FDP inzwischen feststellte, eine Reihe von Formfehlern, wie nicht-geheime Abstimmung, Nichtankündigung der Kandidatenbestimmung in der für die betreffende Sitzung vorgesehenen Tagesordnung usw., unterlaufen waren. Achenbach, dem diese Formmängel bekannt sein mussten, hatte es vorgezogen, der Öffentlichkeit seine Kandidatur mitzuteilen

11. Juli 1953

und das nicht, wie es sonst üblich ist, der Geschäftsführung der Partei überlassen. Tatsächlich wird die Bestimmung der Essener FDP-Kandidaten erst in etwa zwei Wochen erfolgen und zwar wiederum durch die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes. Dass dann die Nominierung Achenbachs bestätigt wird, steht ausser Zweifel, weil Achenbach mit erheblich verstärkter junger Garde alter HJ-Nazis in der Mitgliederversammlung auftreten wird, d.h. mit den Freunden der ehemaligen HJ-Führer Loggowi und Lange.

Warum hat es Herr Achenbach so eilig mit einer Kandidatur, die nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hat? Die Gründe dürften sehr und zwar überraschend materieller Art sein. Achenbachs Persönlichkeit gilt nicht zuletzt infolge der schwankenden Haltung der FDP in der Naumann-Affaire als unstritten, auch in der nordrhein-westfälischen Industrie. Man hat ihm zu verstehen gegeben, er möge einen offensichtlichen Vertrauensbeweis seiner Partei vorlegen. Als solches wird eine Kandidatur - jedenfalls nach Auffassung des Achenbachkreises - angesehen werden.

Achenbach ist u.a. sog. elfter Mann im Aufsichtsrat einer der grössten und einträglichsten Ruhrzechen, der von dem Generaldirektor der DKEL, Kost, geleiteten Rheinpreussen AG für Bergbau und Chemie. Alles in allem werden die damit zusammenhängenden Einkünfte von Achenbach auf rund 20 000 M jährlich unter Brüdern geschätzt. Diese Einkünfte sind anscheinend notwendig, die finanzielle Unabhängigkeit Achenbachs zu fundieren.

Der elfte Mann im Aufsichtsrat eines montanen Unternehmens ist das "überparteiliche", d.h. von Gewerkschaften und Anteilseignern gemeinsam gewählte Mitglied. Es konnte also nicht ausbleiben, dass die Industrie-Gewerkschaft Bergbau sich seit einiger Zeit Gedanken darüber macht, ob sie Achenbach ihr Vertrauen auch bei der kommenden Aufsichtsratswahl von Rheinpreussen Ende Juli noch aussprechen kann. Gutinformierte Kreise an der Ruhr sind der Auffassung, dass nicht nur die Gewerkschaften Bedenken dieser Art empfinden.

Verantwortlich: Peter Raunau